

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EU-China-Gipfel in Brüssel](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden](#) 3
- [Digitales Europa: Chancen für Industrie, Bedingungen für „Gigabit-Gesellschaft“](#) 3
- [Parlament fordert verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Kapitalmarktunion: Einigung über Verbriefungen](#) 5
- [Rat hat Gesetzesvorschläge zum Dienstleistungspakets angenommen](#) 5

Europäische Kommission

- [Kommission präsentiert Haushaltsentwurf 2018: Mehr Geld für Jobs, Wachstum und Investitionen](#) 6
- [Kommission legt Mobilitäts-Paket „Europa in Bewegung“ vor — Wirtschaft sieht Nachbesserungsbedarf](#) 6
- [Kommission stellt Möglichkeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vor](#) 7

Sonstiges

- [Initiative WiFi4EU fördert freie öffentliche WLAN-Hotspots in ganz Europa](#) 8
- [Erhebliche Fortschritte im Kampf gegen Online-Hetze](#) 8

In eigener Sache

- [Studentengruppe der Universität Innsbruck zu Gast im Tirol-Büro](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU-China-Gipfel in Brüssel

Am 1. und 2. Juni 2017 fand das 19. bilaterale Gipfeltreffen zwischen der EU und China in Brüssel statt.



Ziel war es, die strategische Partnerschaft zwischen der EU und China voranzubringen. Handel, Klimawandel und Migration zählten zu den Bereichen, die bei dem Gipfeltreffen behandelt wurden. Das Gipfeltreffen bot auch eine Gelegenheit, über Außenpolitik und Sicherheitsherausforderungen zu sprechen. Als Vertreter der Europäischen Union haben der Präsident des Europäischen Rates Donald Tusk und der Präsident der Europäischen

Kommission Jean-Claude Juncker teilgenommen. China wurde durch Ministerpräsident Li Keqiang vertreten. Am Rande des Gipfeltreffens fand der 12. Wirtschaftsgipfel EU-China statt. Dabei wurden intensive Gespräche über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen China und Europa abgehalten.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden

Am 8. Juni wird der Umweltausschuss über den Entwurf einer Stellungnahme zur Richtlinie über Umwelthaftung abstimmen.

Die Richtlinie legt einen Haftungsrahmen fest, um Umweltschäden zu verhindern und zu beseitigen. Dabei handelt es sich um Schäden an der biologischen Vielfalt (geschützte Arten und natürliche Lebensräume), Wasser und Land. Auf der Grundlage des Verursacherprinzips verpflichtet die Richtlinie den haftenden Betreiber, die notwendigen Vorsorge- oder Abhilfemaßnahmen zu ergreifen und alle Kosten zu tragen. Der Entwurf bezieht sich auf den Bericht der Kommission, der die Anwendung der Richtlinie über die Umwelthaftung zwischen 2007 und 2013 beurteilt. Nach dem Bericht ist die vollständige Umsetzung der Richtlinie durch alle Mitgliedstaaten erst seit Mitte

2010 erreicht worden. In seinem Stellungnahme-Entwurf fordert der Berichterstatter eine rasche Revision der Richtlinie. In diesem Zusammenhang fordert er die Ausweitung der Haftung auf alle Umweltschäden und eine Haftungs begründung auch für Schäden, die die menschliche Gesundheit und die Umwelt beeinträchtigen. Er fordert außerdem die Beseitigung der Verteidigungsmöglichkeit und empfiehlt eine obligatorische subsidiäre Staatsverbindlichkeit, eine verpflichtende finanzielle Sicherheit für die Betreiber und einen zusätzlichen EU-weiten Fonds.

[Mehr Informationen](#)

Digitales Europa: Chancen für Industrie, Bedingungen für „Gigabit-Gesellschaft“

Die Digitalisierung der europäischen Industrie erfordert mehr Rechtssicherheit und Schutzmaßnahmen gegen die Spaltung der Gesellschaft.

Am 1. Juni 2017 wurde von den Abgeordneten im Parlament darüber eine Entschließung verabschiedet. Der Zugang zu Telekommunikation sollte in der gesamten EU einheitlich sein, und eine unausgewogene digitale Entwicklung in Branchen wie Verkehr und Tourismus vermieden werden, so die Abgeordneten. Künstliche Intelligenz und Robotertechnik benötigen klare Regeln zu Sicherheit und Haftung. Schulen sollten digitale Kompetenzen lehren, um die „digitale Kluft“ zu überwinden und einen reibungslosen Übergang in eine intelligente Wirtschaft zu gewährleisten. Öffentliche

Behörden müssten in ihrem öffentlichen Beschaffungswesen die Cybersicherheit berücksichtigen. Die Chancen von 5G, der neuen digitalen Generation, müsse man ebenfalls ergreifen, heißt es des Weiteren. Um Verzögerungen, wie sie während des Aufbaus von 4G aufgetreten sind, zu vermeiden, müssen die Mitgliedstaaten besser zusammenarbeiten, so die Abgeordneten in einer weiteren nicht-legislativen Entschließung.

[Mehr Informationen](#)



Parlament fordert verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus

Der jüngste Anstieg von Antisemitismus in der EU erfordert verstärkte Maßnahmen, so die Abgeordneten in einer Entschließung, die am 1. Juni 2017 angenommen wurde.

Hassreden und Gewalt gegen Europas jüdische Bürger und Bürgerinnen sind unvereinbar mit den Werten der EU. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit ihrer jüdischen BürgerInnen zu gewährleisten, so die Abgeordneten. Sie fordern führende nationale PolitikerInnen auf, antisemitischen Aussagen systematisch und öffentlich entgegenzutreten, und drängen die Mitgliedstaaten dazu, einen nationalen Koordinator zur Bekämpfung von Antisemitismus zu ernennen. Rassistische Motive sollten als erschwerenden Umstand bei Straftaten behandelt werden, und antisemitische Handlungen im Internet sollten ebenfalls verfolgt werden, so der Text

der Entschließung. Die Abgeordneten fordern eine gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung, insbesondere im Fall von terroristischen Handlungen. Polizeibehörden sollten spezielle Einheiten für die Bekämpfung von Hassverbrechen einrichten. Um die Strafverfolgung effizienter und wirksamer zu machen, sollten alle Mitgliedstaaten die Definition der IHRA (Internationale Allianz für Holocaust-Gedenken) für „Antisemitismus“ übernehmen. Online-Vermittler wie Suchmaschinen, soziale Medien und App-Plattformen sollten verstärkte Maßnahmen ergreifen, um antisemitische Hassreden zu bekämpfen, so die Abgeordneten.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Kapitalmarktunion: Einigung über Verbriefungen

Vergangene Woche hat der Vorsitz des Rates mit VertreterInnen des Europäischen Parlaments Einigung über die Vorschläge erzielt, mit denen der Aufbau eines Verbriefungsmarkts in Europa erleichtert werden soll.

Ein Rechtsrahmen für Verbriefungen ist eines der Hauptelemente des Plans der EU von 2015, nach dem bis Ende 2019 eine voll funktionsfähige Kapitalmarktunion geschaffen werden soll. Die Entwicklung eines Verbriefungsmarkts wird neue Investitionsmöglichkeiten schaffen und eine zusätzliche Finanzierungsquelle insbesondere für Klein- und Mittelunternehmen und Start-ups darstellen. "Diese Initiative wird die Integration der Finanzmärkte in Europa fördern und es einfacher machen, Kredite an Privathaushalte und Unternehmen zu vergeben", sagte Edward Scicluna, Finanzminister Maltas, das derzeit den

Ratsvorsitz innehat. "Die Einigung mit den Abgeordneten des EP vom heutigen Abend wird es uns ermöglichen, den Verbriefungsmarkt neu zu beleben und dabei ein Modell für einfache, transparente und standardisierte Verbriefungen festzulegen." Die Einigung wird nach einer fachlichen Überarbeitung des Texts den EU-BotschafterInnen zur Billigung im Namen des Rates vorgelegt. Anschließend werden das Parlament und der Rat ersucht, die vorgeschlagene Verordnung in erster Lesung anzunehmen.

[Mehr Informationen](#)

Rat hat Gesetzesvorschläge zum Dienstleistungspakets angenommen

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit hat allgemeine Ausrichtungen zu zwei Gesetzgebungsvorschlägen des sogenannten "Dienstleistungspakets" aus der Binnenmarktstrategie angenommen.

Diese betreffen einen Richtlinienentwurf, der die Durchführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung vorsieht, bevor neue einzelstaatliche Maßnahmen der Berufsreglementierung erlassen werden sowie einen Richtlinienentwurf, mit dem Vorschriften für Notifizierungen zur Erlassung dienstleistungsbezogener Rechtsakte und

Maßnahmen durch die Mitgliedstaaten festgelegt werden. Die beiden Vorschläge stehen noch am Anfang ihrer Behandlung im Europäischen Parlament, das frühestens im zweiten Halbjahr 2017 dazu Beschlüsse fassen wird.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission präsentiert Haushaltsentwurf 2018: Mehr Geld für Jobs, Wachstum und Investitionen

Die Europäische Kommission hat ihren Haushaltsentwurf für 2018 präsentiert.

Insgesamt über 161 Mrd. Euro sind vorgesehen, um neue Arbeitsplätze (insbesondere für junge Menschen) zu schaffen und das Wachstum sowie strategische Investitionen anzukurbeln. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSl), das Herzstück des Juncker-Plans, soll 2018 um weitere zwei Mrd. Euro aufgestockt werden. Die Struktur- und Investitionsfonds sind noch immer die wichtigsten Investitionsinstrumente der EU

zur Förderung der Klein- und Mittelunternehmen und mit 55,4 Mrd. budgetiert. Mit dem Programm Erasmus+ sollen die vereinbarten Ziele der Union in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport umgesetzt werden. Im Haushaltsentwurf 2018 sind für diesen Zweck 2,3 Mrd Euro und damit um 9,5 % mehr als im Haushaltsplan 2017 veranschlagt.

[Mehr Informationen](#)

Kommission legt Mobilitäts-Paket „Europa in Bewegung“ vor — Wirtschaft sieht Nachbesserungsbedarf

Die Europäische Kommission legte vergangene Woche neue Maßnahmen vor, mit denen Mobilität und Verkehr in Europa modernisiert werden sollen.

Ziel ist es, durch das Paket „Europa in Bewegung“ die Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrssektors zu stärken und den Wandel hin zu sauberer Energie und Digitalisierung sozial gerecht zu gestalten. Das Maßnahmenpaket umfasst die Verbesserung der Verkehrssicherheit, die Förderung einer gerechteren Mauterhebung, die Verringerung von CO2-Emissionen, Luftverschmutzung und Verkehrsüberlastung sowie die Gewährleistung angemessener Bedingungen und Ruhezeiten für ArbeitnehmerInnen in diesem Bereich. Des Weiteren soll in diesem Rahmen auch eine Revision der

Wegekostenrichtlinie erfolgen. Vignettensysteme wie in Österreich müssten demnach geändert werden. Die EU-Staaten sollen aber frei darüber entscheiden können, ob sie ein Mautsystem einführen oder zusätzliche Umwelt- und Stauaufschläge verrechnen. Ab 2024 sollen jene Länder, die über Mautsysteme verfügen oder solche einführen wollen, die einheitlichen EU-Vorgaben erfüllen. Die EU-Kommission will dann, dass alle Mauten in Europa über digitale Systeme erfasst werden.

[Mehr Informationen](#)



Kommission stellt Möglichkeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion vor

Die Kommission veröffentlichte ein Reflexionspapier mit Möglichkeiten zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Die in dem Reflexionspapier vorgestellten Optionen dienen dazu, einen breiten Konsens über den Umgang mit den anstehenden Herausforderungen herzustellen und dieser wichtigen Debatte eine neue Dynamik zu verleihen. Für das weitere Vorgehen wären Maßnahmen in drei zentralen Bereichen erforderlich: die Vollendung einer echten Finanzunion, eine stärker integrierte Wirtschafts- und Fiskalunion und die Verankerung einer demokratischen Rechenschaftspflicht sowie die Stärkung der Institutionen des Euroraums. Dieses Reflexionspapier ist das dritte von fünf themenspezifischen Papieren, die die Kommission im Weißbuch zur Zukunft Europas, angekündigt hatte. Die weitere politische Integration könnte dazu führen, die Kompetenzverteilung zwischen der Kommission und der Euro-Gruppe zu überdenken. Außerdem könnte sie die Ernennung eines ständigen hauptamtlichen Vorsitzes und die Vereinheitlichung der

Außenvertretung des Euro-Währungsgebiets rechtfertigen. Die Idee eines Schatzamts für den Euroraum (verbunden mit einem eigenen Haushalt für den Euroraum) und eines Europäischen Währungsfonds ist Gegenstand öffentlicher Debatten. Diese Vorstellungen könnten in einer späteren Phase der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb des EU-Rahmens aufgegriffen werden. Auch die Wirtschaftskammer Österreich begrüßt das Reflexionspapier. „Für die Wirtschaft essentiell ist die Umsetzung von bestehenden Maßnahmen und Instrumenten sowie die Stärkung der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten“, kommentiert Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich das Reflexionspapier. „Unser Ziel muss sein, die Wirtschafts- und Währungsunion stabiler und krisenfester zu machen“.

[Mehr Information](#)



Sonstiges

Initiative „WiFi4EU“ fördert freie öffentliche WLAN-Hotspots in ganz Europa

Europäisches Parlament, Rat und Kommission haben vergangene Woche eine politische Einigung über die Initiative WiFi4EU und ihre Finanzierung erzielt, welche freie öffentliche WLAN-Hotspots in der gesamten EU unterstützt.

Die drei Institutionen verpflichten sich, insgesamt 120 Mio. Euro für die Bereitstellung von öffentlich-rechtlichen WiFi-Diensten in 6.000 bis 8.000 Gemeinden in allen Mitgliedstaaten zu mobilisieren. In der Praxis bedeutet dies, dass sich lokale Behörden (Gemeinden oder Gemeindeverbände), die WLAN an Orten anbieten möchten, an denen noch kein vergleichbares privates oder öffentliches Angebot verfügbar ist, in einem einfachen

und unbürokratischen Verfahren um Fördermittel bewerben können. Die Finanzhilfe wird in Form eines Gutscheins gewährt und dient dazu, hochmoderne Geräte, d. h. lokale WLAN-Zugangspunkte, anzuschaffen und zu installieren. Die laufenden Kosten der Internetverbindung werden hingegen von der jeweiligen Behörde selbst getragen.

[Mehr Information](#)

Erhebliche Fortschritte im Kampf gegen Online-Hetze

Wie Facebook, Twitter, Google und Microsoft ihre Zusagen zur Bekämpfung von illegaler Hetze im Internet seit der Vereinbarung des Verhaltenskodex vor einem Jahr einhalten, zeigt eine am 1. Juni 2017 von der EU-Kommission vorgelegte Evaluierung.

Demnach haben die Unternehmen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen erhebliche Fortschritte gemacht: 59 Prozent aller Meldungen über mutmaßliche Hassbotschaften haben dazu geführt, dass der entsprechende Inhalt entfernt wurde. Damit liegt der Prozentsatz mehr als doppelt so hoch wie noch vor sechs Monaten (28 %).

Auch die Anzahl der Meldungen, die innerhalb von 24 Stunden nach ihrem Eingang überprüft wurden hat sich erhöht: von 40 auf 51 Prozent. Allerdings ist Facebook das einzige Unternehmen, das gemäß der eingegangenen Verpflichtung den Großteil der Meldungen innerhalb eines Tages prüft.

[Mehr Information](#)



In eigener Sache

Studentengruppe der Universität Innsbruck zu Gast im Tirol-Büro

Am 31. Mai 2017 war eine Studentengruppe, begleitet von Prof. Obwexer und Prof. Schroeder vom Europarechtinstitut der Universität Innsbruck, zu Besuch im Tirol-Büro.



Nach einigen Begrüßungsworten wurde den Studenten und Studentinnen von Dr. Richard Seeber die Arbeitsweise der regionalen Vertretung in Brüssel nähergebracht. Im



Anschluss bekamen sie die Möglichkeit, Fragen zu stellen und mit Herrn Dr. Seeber über Themen wie Regionalpolitik und Verkehr zu diskutieren.



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitüberprüfung des Allgemeinen Präferenzsystems der EU \(APS\)](#)

Handel
17 März 2017 - 9 Juni 2017

[Public consultation on FinTech: a more competitive and innovative European financial sector](#)

Finanzdienstleistungen, Bank- und Finanzwesen
23 März 2017 - 15 Juni 2017

[Consultation on the list of proposed projects of common interest in energy infrastructure - Additional projects in oil and smart grids](#)

Energie
3 April 2017 - 26 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Leitlinien zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht](#)

Zugang und Vernetzung
27 März 2017 - 26 Juni 2017

[Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im Bereich der Energieinfrastruktur](#)

Energie
27 März 2017 - 26 Juni 2017

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA](#)

Beschäftigung und Soziales
5 April 2017 - 5 Juli 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt

Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	GREENING THE ECONOMY*	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*	12/09/2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23/01/2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20/08/2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Katharina Deutschmann

Abbildungsverzeichnis

<http://www.eu-china-business-summit.eu/content/uploads/2017/06/13FullSizeRender.jpg>

<http://www.eu-china-business-summit.eu/content/uploads/2017/06/06FullSizeRender.jpg>